



IMPRESSUM

KiLAG

Kirchliche Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg

Giebelstraße 16

70499 Stuttgart

www.kilag.de

Aktueller Vorsitz:

Wilfried Röcker (Evangelisch-methodistische Kirche)

Dirk Werhahn (Evangelische Landeskirche in Württemberg)

Ansprechpartnerin:

Anja Bundschu

referentin@kilag.de

0049 177 6919838

Bildnachweis Titelbild:

erstellt mit Canva, Magic Media

Für den Inhalt der Stellungnahmen sind die einzelnen Parteien verantwortlich.


Stand:

19.02.2026

VORWORT

Die **Kirchliche Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg** (KiLAG) ist ein ökumenischer Zusammenschluss kirchlicher Landesorganisationen für Erwachsenenbildung. In rund 70.000 Bildungsveranstaltungen begleiten wir Menschen in allen Lebensphasen, beispielsweise durch Demokratiebildung, theologisch-philosophische Bildung, Familienbildung, kulturelle Bildung, politische Bildung, Gesundheitsbildung, Bildung in Bezug auf Digitalität und KI, Grundbildung und Alphabetisierung, Integrationsmaßnahmen, Ganztagesbetreuung und Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Lebenslanges Lernen ist und bleibt ein bedeutender und förderungswerter Grundpfeiler der Demokratie. Im Vorfeld der Landtagswahl 2026 hat die KiLAG deshalb Fragen zu fünf elementaren Bereichen der Erwachsenenbildung erarbeitet und Parteien um Stellungnahme gebeten. Diese sollen in Form der Wahlprüfsteine unseren hauptamtlichen wie ehrenamtlichen Mitarbeitenden, unseren Referentinnen und Referenten sowie unseren Teilnehmenden eine Orientierungshilfe bei der anstehenden Entscheidung sein.

 Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit (mehr) und lebt vom Engagement jeder Einzelnen und jedes Einzelnen. Die Vereinbarung WEITER.BILDEN.BW – Gemeinsam für die Zukunft (Ziele des Bündnisses für Lebenslanges Lernen 2026 – 2030) benennt Demokratiebildung als zentrales Handlungsfeld der Weiterbildung in Baden-Württemberg. Ziel ist es, Menschen in ihrem Engagement für eine demokratische, pluralistische Gesellschaft zu stärken. Hierfür braucht es lebendige politische und gesellschaftliche Bildungsarbeit, die zu fundierter, eigenverantwortlicher Entscheidung befähigt und zu aktiver, konstruktiv-kritischer Teilhabe an politischen Prozessen ermutigt.

Wie werden Sie die Erwachsenenbildung mit zusätzlichen Mitteln für Angebote zu Demokratiebildung unterstützen und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken?



Demokratiebildung ist ein zentraler Pfeiler einer lebendigen und widerstandsfähigen Demokratie.

Die Erwachsenenbildung leistet hierzu einen unverzichtbaren Beitrag, weil sie Menschen befähigt, gesellschaftliche Zusammenhänge zu verstehen, eigene Standpunkte zu entwickeln und demokratische Prozesse aktiv mitzugestalten. Weiterbildung macht Selbstwirksamkeit erfahrbar und stärkt damit das Vertrauen in demokratische Institutionen und Verfahren. Von Investitionen in Weiterbildung profitieren ganz besonders gering Qualifizierte, Zugewanderte und ältere Beschäftigte. Weiterbildung trägt damit zu Integration, sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt bei.

Ein besonderer Fokus liegt auf Lernangeboten zu Grundrechten, demokratischer Beteiligung, Medien- und Informationskompetenz sowie auf dialogorientierten Formaten, die gesellschaftlichen Austausch fördern und Polarisierung entgegenwirken. So stärken wir die Resilienz gegen Desinformation und demokratiefeindliche Tendenzen und fördern gesellschaftliche Teilhabe über alle Alters- und Bildungsgruppen hinweg.

Unser Ziel ist es, die Erwachsenenbildung als starken Ort demokratischer Bildung und gesellschaftlichen Zusammenhalts weiter zu profilieren, mit einer verlässlichen Finanzierung, starken Netzwerken und nah an den Lebensrealitäten der Menschen in Baden-Württemberg. Die neue Vereinbarung „WEITER.BILDEN.BW – Gemeinsam für die Zukunft“ (2026–2030) setzt dafür einen klaren Rahmen: Demokratiebildung wird als Querschnittsaufgabe der Weiterbildung weiter gestärkt: durch die Qualifizierung von Lehrenden, die Förderung innovativer und aufsuchender Formate für schwer erreichbare Zielgruppen sowie durch die stärkere Einbindung von Familien, Arbeitswelt und Sprachbildung.

Damit wird die Erwachsenenbildung gezielt dabei unterstützt, Angebote zur Demokratiebildung auszubauen und qualitativ zu stärken. Bereits bestehende landesweite Informations- und Förderstrukturen für Weiterbildungsträger zu politischer Bildung, Medienkompetenz und Beteiligung werden fortgeführt und gegebenenfalls bedarfsgerecht weiterentwickelt. Träger erhalten weiterhin verlässlichen Zugang zu Förderlinien, fachlicher Begleitung und praxisnahen Materialien, um eigene Angebote passgenau entwickeln und erproben zu können.



Ein Ziel ist es, Demokratiebildung noch stärker als Querschnittsaufgabe in der Weiterbildung zu verankern. Mit Blick auf schwer erreichbare Zielgruppen oder gering literalisierte Menschen bedarf es bspw. niedrigschwelliger und lebensweltnaher sowie wo erforderlich aufsuchende Angebote in einfacher Sprache. So ermöglichen wir Bildung und Beteiligung für alle und stärken zugleich das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen.

Darüber hinaus sehen wir großes Potenzial in der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und in der Schaffung von Begegnungsräumen, die den (themenbezogenen) Austausch sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und stärken. Orte des Dialogs und der Mitgestaltung sind entscheidend, um Demokratie erlebbar zu machen und Menschen aus unterschiedlichen Lebensbereichen miteinander ins Gespräch zu bringen.

Die CDU-Fraktion ist offen, gemeinsam Perspektiven, Bedarfe und wirksame Maßnahmen zu erörtern, um zielgerichtete Fördermaßnahmen auf den Weg zu bringen. Unser Anspruch ist es, passgenaue Förderangebote zu schaffen, die demokratische Teilhabe stärken, Verantwortung fördern und die Weiterbildungslandschaft im Land nachhaltig unterstützen.



Die Erwachsenenbildung ist zentraler Ort der Demokratiebildung und fördert damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die SPD will daher zusätzliche Mittel an die Träger der Weiterbildung geben, um bewährte und innovative Projekte und Formate zu fördern.

Zusätzlich werden wir die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung und der Demokratiezentren stärken. Vereine, Initiativen und

Ehrenamtliche, die sich für die Demokratie oder für den Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen, fördern wir strukturell und finanziell. Hierzu ist die Einführung eines Landesprogramms „Wehrhafte Demokratie“ vorgesehen, das Projekte zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention nachhaltig finanziell absichert.

Außerdem setzen wir uns für eine verlässliche Drittelfinanzierung der Volkshochschulen ein. Sie sind zentrale Orte des lebenslangen Lernens, der politischen Bildung und der gesellschaftlichen Teilhabe.




Wir Freie Demokraten verstehen Demokratie als eine lebendige Ordnung, die auf der Freiheit, der Verantwortung und dem Engagement jedes Einzelnen beruht. Eine offene, pluralistische Gesellschaft lebt davon, dass Menschen in der Lage sind, sich eigenständig zu informieren, unterschiedliche Meinungen einzuordnen und sich aktiv an politischen und gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen. Die Erwachsenenbildung leistet hierzu einen wichtigen Beitrag, indem sie politische Bildung, Medienkompetenz und kritisches Denken stärkt.

Wir Freie Demokraten wollen die Erwachsenenbildung gezielt stärken, um Angebote zur Demokratiebildung dauerhaft und verlässlich zu ermöglichen. Dazu setzen wir auf eine auskömmliche Grundfinanzierung der allgemeinen Weiterbildung, die es den Trägern erlaubt, Bildungsangebote zu politischer Bildung, Medienkompetenz und gesellschaftlichem Engagement auszubauen und weiterzuentwickeln. Zusätzliche Mittel sollen insbesondere dort

ansetzen, wo landesweite, niedrighschwellige und innovative Formate zur Stärkung demokratischer Kompetenzen angeboten werden. Wir legen Wert darauf, dass diese Mittel flexibel eingesetzt werden können, damit Träger bedarfsgerecht auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren und unterschiedliche Zielgruppen erreichen können. So stärken wir die Fähigkeit der Menschen zu fundierter Meinungsbildung, eigenverantwortlicher Entscheidung und aktiver Teilhabe und leisten einen wirksamen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg.

2. Soziale, ökonomische und ökologische

 Mit den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen im Blick vermitteln BNE-Bildungsangebote nicht nur Wissen, sondern fördern auch Problemlösungskompetenzen und gesellschaftliches Engagement. Nachhaltigkeit wird dabei ganzheitlich gedacht – ökologisch, sozial und ökonomisch. Die aktuelle Vereinbarung WEITER.BILDEN.BW – Gemeinsam für die Zukunft hält in diesem Zusammenhang die Förderung zielgruppenorientierter Bildungsangebote, die Bewusstsein, Akzeptanz und Motivation für nachhaltiges Handeln stärken, für entscheidend.

Welche finanziellen Rahmenbedingungen schaffen Sie, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung systematisch in der allgemeinen Erwachsenenbildung langfristig ausgebaut werden kann?



In Baden-Württemberg ist Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) seit 2007 als Schwerpunkt der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes verankert und wird mit der Umsetzungsstrategie „BNE-BW 2030“ konsequent weiterentwickelt. Für den Bereich der allgemeinen Erwachsenenbildung schafft das Land verlässliche finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen, um BNE langfristig und systematisch auszubauen.

Zentrales Ziel ist es, Bildung für nachhaltige Entwicklung dauerhaft in den Strukturen der Erwachsenenbildung zu verankern. Dazu werden wir bestehende Förderlinien weiterführen und bedarfsgerecht weiterentwickeln, sodass Träger Planungssicherheit erhalten und zielgruppenorientierte BNE-Angebote nachhaltig aufbauen können. Ein besonderer Fokus liegt auf der Qualifizierung von Lehrenden und Multiplikator*innen sowie auf der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung von BNE-Angeboten.

Darüber hinaus unterstützt das Land den Aufbau und die Weiterentwicklung von Netzwerken, Austauschformaten und gemeinsamen Plattformen, um Best-Practice-Beispiele sichtbar zu machen und den Wissenstransfer zwischen Trägern zu stärken. Die Entwicklung eines Zertifizierungssystems im Sinne eines

„Whole Institution Approach“ trägt dazu bei, BNE als normatives Bildungskonzept in der Erwachsenenbildung zu verankern und Nachhaltigkeit als Querschnittsthema in Organisationen wirksam werden zu lassen.

Damit können wir sicherstellen, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung sowohl in der allgemeinen als auch in der beruflichen Erwachsenenbildung als Grundlage für soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit und für eine zukunftsfähige Gesellschaft wirksam verankert wird.



Unsere Gesellschaft steht vor erheblichen Herausforderungen im Hinblick auf die wirtschaftliche Stabilität und die Sicherheit von Arbeitsplätzen und Wohlstand. Hinzukommen Aufgaben in den Bereichen gesellschaftlicher und sozialer Zusammenhalt sowie bei der Bewahrung unserer Schöpfung. Nur wenn wir die unterschiedlichen Aspekte zusammendenken, entsteht in guter Balance echte Zukunftsfähigkeit.

Ein wichtiges Ziel ist es daher, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als ganzheitlichen Ansatz dauerhaft zu verankern. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger darin stärken, verantwortungsbewusst zu handeln und aktiv an einer nachhaltigen Zukunft mitzuwirken. Ge-

meinsam tragen wir Verantwortung dafür, kommenden Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen – dieser Auftrag verbindet Politik, Bildungsträger und Gesellschaft.

BNE entfaltet ihre Wirkung besonders dann, wenn sie alltagsrelevant und partizipativ gestaltet wird. BNE lässt sich daher besonders gut durch praxisorientierte Formate vermitteln. Lernen sollte mit konkretem Handeln verbunden werden. Deshalb setzen wir auf Formate wie regionale Projekte, interdisziplinäres Arbeiten, Workshops zur Förderung von Alltagskompetenzen oder Zukunftswerkstätten, die Beteiligung ermöglichen und nachhaltiges Denken erlebbar machen.


Um erfolgreiche Ansätze sichtbar zu machen und zu verbreiten, schlagen wir die Entwicklung von Good-Practice-Beispielen vor. Wir sind zudem offen, gemeinsam Perspektiven zu erörtern, um zielgerichtete Fördermaßnahmen auf den Weg zu bringen.

SPD
BADEN-WÜRTTEMBERG

Die SPD steht für eine verlässliche Finanzierung der Weiterbildungsinfrastruktur. Und wir stehen zu dem Ziel, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als ganzheitlichen Ansatz zu verankern, um Wissen, Problemlösungskompetenzen und Handlungsorientierung zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele zu fördern. Wir werden daher im Rahmen der Haushaltsberatungen prüfen, inwieweit langfristige und verlässliche Förderungen für Bildungsangebote im Bereich Nachhaltige Bildung getätigt werden können.

**Freie
Demokraten**
Landesverband
Baden-Württemberg **FDP**

Wir als FDP denken Nachhaltigkeit umfassend und generationengerecht. Nachhaltiges Handeln entsteht für uns aus Wissen, Innovation und Verantwortung, nicht aus Verzichtsappellen oder staatlicher Bevormundung. Bildungsangebote in der Erwachsenenbildung spielen eine zentrale Rolle, um Zusammenhänge zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Fragen zu vermitteln und Menschen zu befähigen, selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen. Wir setzen auf Bildungsangebote, die Problemlösungskompetenzen stärken, technologische Entwicklungen einbeziehen und Offenheit für neue Wege fördern. Damit Bildung für nachhaltige Entwicklung langfristig wirken kann, braucht es Planungssicherheit, Zielgruppenorientierung und flexible Förderstrukturen, die es Trägern ermöglichen, entsprechende Angebote kontinuierlich auszubauen und weiterzuentwickeln. Dafür setzen wir auf verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen, die es den Trägern ermöglichen, entsprechende Bildungsangebote dauerhaft vorzuhalten und weiter auszubauen. Die Förderung soll zielgruppenorientiert ausgestaltet sein, damit unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigt und Menschen praxisnah für nachhaltiges Handeln sensibilisiert werden können. So schaffen wir die Grundlage dafür, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung fest in der allgemeinen Erwachsenenbildung verankert wird und ihre Wirkung langfristig entfalten kann.

 Angesichts globaler Gewaltkonflikte, wirtschaftlicher Unsicherheiten und kultureller Spannungen muss die Stärkung von Resilienz, ethischer Urteilsfähigkeit und Friedenskompetenz zu einer zentralen Aufgabe der Weiterbildung werden. Dazu leisten Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen einen wichtigen Beitrag.

Welche Fördermittel stellen Sie künftig zur Verfügung, um in der Erwachsenenbildung Angebote zur Stärkung von Resilienz, Konflikt- und Friedenskompetenz zu ermöglichen?



Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie wichtig Resilienz, Konfliktfähigkeit und Orientierung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind. Erwachsenenbildung leistet hier einen zentralen Beitrag, weil sie Räume für Reflexion, Dialog und konstruktive Auseinandersetzung schaffen.

Wir werden die Erwachsenenbildung dabei unterstützen, Angebote zur Stärkung von Resilienz, Konflikt- und Friedenskompetenz aufzubauen. Dabei sollen bestehende Förderlinien der allgemeinen Erwachsenenbildung genutzt und gegebenenfalls weiterentwickelt werden. Ein besonderer Fokus liegt auf niedrigschwelligen, dialogorientierten und zielgruppenbezogenen Angeboten zu Diskussions- und Konfliktfähigkeit, Medien- und Informationskompetenz sowie zu Fragen von Demokratie, Frieden, Gerechtigkeit und Verantwortung. Auch resilienzfördernde Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sind Teil davon.

Kirchliche und zivilgesellschaftliche Träger sind dabei wichtige Partner, weil sie über langjährige Erfahrung in der Friedens-, Werte- und Bildungsarbeit verfügen und Menschen erreichen, die für klassische politische Bildungsformate oft schwer zugänglich sind. Diese Arbeit wollen wir durch verlässliche Förderung, fachliche Begleitung und Vernetzung weiter stärken.



Eine Politik der Resilienz baut Brücken und ist auf die Stärkung von Solidarität, Pluralität und mitmenschlichem Vertrauen ausgerichtet.

Damit gesellschaftlicher Zusammenhalt gelingen kann, braucht es Orte und Formate der Begegnung, an denen der Austausch unterschiedlicher Perspektiven, Meinungen und Erfahrungen möglich wird.

Unser Anspruch ist es, Bürgerinnen und Bürger darin zu unterstützen und dazu zu motivieren, Herausforderungen aktiv und gemeinsam anzugehen – und aus diesen Erfahrungen ein lebensbegleitendes Lernen zu ermöglichen.

Dabei können bspw. Simulationen, Feldpraktika oder Seminare zur Konfliktprävention bzw. -lösung Eingang finden. Ebenso wichtig ist es, bestehende Netzwerke zu stärken und neue Kooperationen beispielsweise im Hinblick auf die Bundeswehr zu fördern, um Austausch, Orientierung und Unterstützung zu ermöglichen.




Baden-Württemberg braucht starke Bildungsangebote – auch in der Erwachsenenbildung. Mit Blick auf eine steigende gesellschaftliche Polarisierung, Desinformation und Demokratieskepsis ist es uns wichtig, Träger der Erwachsenenbildung noch stärker zu unterstützen, um Menschen in ihrer persönlichen und demokratischen Handlungsfähigkeit zu stärken. Auch und insbesondere im Bereich Resilienz, Konflikt- und Friedenskompetenz.

Die SPD wird sich deshalb weiter dafür einsetzen, dass auf Ebene des Landes Förderlinien und Programme entwickelt und gestärkt werden, die den Zugang für Erwachsene zu Bildungsangeboten niedrigschwellig, wohnortnah und für die Teilnehmenden möglichst kostenfrei ermöglichen. Daher werden wir im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen prüfen, inwieweit Mittel erhöht und neue Förderprogramme geschaffen werden können. Dabei werden wir darauf achten, Finanzierungen langfristig und verlässlich zu sichern und Kofinanzierungsanforderungen zu senken. Damit stärken wir Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass eine krisenfeste Gesellschaft vor allem auf selbstbewussten, gut informierten und urteilsfähigen Bürgerinnen und Bürgern aufbaut. Erwachsenenbildung kann wesentlich dazu beitragen, Resilienz, ethische Urteilsfähigkeit und den konstruktiven Umgang mit Konflikten zu stärken. Bildungsangebote, die politische Bildung, Medienkompetenz, Dialogfähigkeit und Wissen über internationale Zusammenhänge fördern, helfen Menschen, Unsicherheiten einzuordnen und verantwortungsvoll zu handeln. Wir setzen uns dafür ein, dass entsprechende Bildungsangebote in der Erwachsenenbildung verlässlich ermöglicht werden und dass Träger die Freiheit haben, unterschiedliche Formate und Zugänge zu nutzen, um Friedens- und Konfliktkompetenz praxisnah zu vermitteln.

4. Weiterbildung im analogen und digitalen Raum

 Angesichts der rasanten Entwicklung im Bereich KI werden Digitalisierung und Medienbildung auch in den kommenden Jahren zentrale Handlungsfelder der Weiterbildung sein. Ob digital oder analog – Bildungsangebote müssen für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich, inklusiv und hochwertig sein. Nur so ermöglichen sie reflektiertes und kritisches digitales Lernen und bereiten auf die Herausforderungen einer digitalisierten Welt vor.

Welche Bedeutung messen Sie der Entwicklung neuer digitaler Bildungsformate (z.B. asynchrones Lernen, Bildungsplattformen) zu, die über die klassische Online-Veranstaltung mittels Videokonferenz hinausgehen? Wie sichern Sie die Förderung dieser Formate?



Die Entwicklung neuer digitaler Bildungsformate hat für uns eine zentrale Bedeutung. Mit dem Digitalen Weiterbildungscampus (DWC) verfügt Baden-Württemberg bereits über eine landesweite Plattform für digitales Lehren und Lernen in der Erwachsenenbildung. Der DWC ermöglicht nicht nur Live-Online-Kurse, sondern auch asynchrones Lernen, kollaborative Lernräume und den Austausch von Materialien. Die Plattform wird fortlaufend technisch weiterentwickelt und nutzerfreundlich ausgebaut, flankierend werden Support- und Qualifizierungsangebote für Lehrende und Teams kontinuierlich erweitert, um Qualität und Reichweite digitaler Bildungsangebote zu sichern.

Darüber hinaus hat das Land die Digitalisierung der Erwachsenenbildung in der aktuellen Legislaturperiode mit einem Digitalpaket gezielt unterstützt. Es umfasst Investitionen in digitale Ausstattung für hybride und digitale Lehr-Lernsettings ebenso wie Fortbildung, Beratung und strategische Organisationsentwicklung. Mit den vier geförderten digitalen Pilot-Volkshochschulen sowie dem Projekt „KI-LAG goes digital“ im Bereich der kirchlichen Erwachsenenbildung wurden Good-Practice-Modelle entwickelt, die zeigen, wie digitale Bildungsformate nachhaltig und zielgruppenorientiert umgesetzt werden können. Die Er-

gebnisse dieser Strategiprojekte werden durch strukturierte Transferkonzepte in die Fläche getragen, um digitale Innovationen dauerhaft zu verstetigen

Unser Ziel ist es, digitale und analoge Bildungsangebote sinnvoll zu verzahnen und Träger langfristig in die Lage zu versetzen, hochwertige, barrierearme und inklusive Lernformate anzubieten. So stärken wir Medienkompetenz, fördern kritisches digitales Denken, gerade auch im Umgang mit KI, und stellen sicher, dass Weiterbildung in einer digitalisierten Welt für alle flexibel zugänglich bleibt.



Ein zentrales Anliegen ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu digitaler Grundbildung und digitaler Teilhabe zu ermöglichen. Dazu gehört, die kritische Medienbildung weiter zu stärken, KI gestützte Lernformate zu fördern und die Qualität digitaler Weiterbildungsangebote durch die gezielte Qualifizierung von Lehrenden dauerhaft zu sichern.

Handlungsfelder sehen wir in der Verbesserung der digitalen Ausstattung von Weiterbildungseinrichtungen sowie dem Einsatz datengestützter Bedarfserhebungen.

So können passgenaue Angebote entwickelt werden, die unterschiedliche Zielgruppen erreichen – auch in Form hybrider oder vollständig digitaler Kursformate.

Die kirchliche Erwachsenenbildung soll langfristig zukunftsfester in einer sich dynamisch entwickelnden digital gestützten Weiterbildungslandschaft aufgestellt sein.

Dafür ist es wichtig, gemeinsam mit den relevanten Partnern zu beraten, wie eine zielgerichtete und bedarfsgerechte Nachfolgelösung für das Projekt „Digitalfonds“ ausgestaltet werden kann. Unser Ziel ist es, stabile Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Weiterbildungslandschaft im Land nachhaltig stärken.




Wir werden Weiterbildungsangebote an die Lebensrealitäten von heute anpassen und sie flexibler und digitaler gestalten. Dazu gehört auch die Einführung neuer digitaler Bildungsformate – denn so schaffen wir echte Bildungschancen und ermöglichen noch mehr individuelle, inklusive und barrierearme Förderung. Wir werden darauf hinwirken, dass sich das Land an der Förderung solcher Formate finanziell entsprechend beteiligt.



Wir als FDP messen der Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung im digitalen wie im analogen Raum große Bedeutung bei. Digitale Technologien, insbesondere Künstliche Intelligenz, eröffnen neue Chancen für flexibles, individuelles und lebenslanges Lernen. Wir unterstützen die Entwicklung innovativer digitaler Bildungsformate, etwa asynchrones Lernen, digitale Lernplattformen und neue didaktische Konzepte, die über klassische Online-Veranstaltungen hinausgehen. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass analoge Angebote weiterhin dort zur Verfügung stehen, wo sie für Teilhabe, Qualität und persönliche Begegnung unverzichtbar sind. Ziel ist eine moderne Erwachse-

nenbildung, die zugänglich, inklusiv und qualitativ hochwertig ist und Menschen befähigt, sich souverän und kritisch in einer digitalisierten Welt zu bewegen.

 Weiterbildung muss für alle bezahlbar bleiben. In der vergangenen Legislaturperiode haben Landesregierung und Landtag die Landesförderung für die Allgemeine Weiterbildung dankenswerterweise weiter erhöht. Trotzdem war es nicht genug. Die im Jahr 2020 vereinbarte Erhöhung um 28% ist nur zu einem Teil umgesetzt worden. Damit liegt die Landesförderung weiterhin unter dem Durchschnitt aller Bundesländer.

Was werden Sie tun, um die Landesförderung bis zum Jahr 2030 auf den Bundesdurchschnitt anzuheben?



Die kirchlichen Weiterbildungsträger sind eine zentrale Säule der allgemeinen Weiterbildung. Mit ihrem landesweiten und zugleich vor Ort verankerten Angebot leisten sie einen erheblichen Beitrag für die Chancengerechtigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg. Sie ermöglichen allen Menschen eine lebenslange individuelle Weiterentwicklung. Damit Weiterbildungsangebote bezahlbar bleiben und wirklich allen offenstehen, streben wir eine Anhebung der allgemeinen Grundförderung auf das Niveau vergleichbarer Flächenländer an. Wir bleiben auch in Zukunft ein starker und verlässlicher Partner der kirchlichen Weiterbildungsträger im Land.



Die CDU-Fraktion hält an dem in der Vereinbarung GEMEINSAM.FÜR.WEITERBILDUNG 2021-2025 formulierten Ziel fest, die Grundförderung um 28 Prozent anzuheben. Darüber hinaus streben wir an, die Landesförderung pro Kopf schrittweise auf ein Niveau anzuheben, das dem Durchschnitt vergleichbarer Flächenländer entspricht. Die Umsetzungsschritte werden im Rahmen der künftigen Haushaltsaufstellungen und im Lichte der dann gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen getroffen.



Der SPD ist es ein wichtiges Anliegen, dass Weiterbildung allen offen steht und für alle bezahlbar bleibt. Die öffentlichen Träger der Weiterbildung sind bedeutende Akteure der Bildungslandschaft in Baden-Württemberg. Mit der Stärkung der Grundbildung, zu der auch die Vermittlung von Kompetenzen wie Alphabetisierung, Rechenfähigkeit oder digitale Kenntnisse zählen, leisten sie einen essenziellen Beitrag für das Leben in unserer Wissensgesellschaft. Auch für die politische Bildung, die Vermittlung demokratischer Kompetenzen sowie den Beitrag zu gelungener Integration sind sie wichtige Stützen. So eröffnen die öffentlichen Träger der Weiterbildung durch ihre Angebote zahlreichen Menschen in Baden-Württemberg neue Möglichkeiten. Für uns ist deshalb klar, dass sich das Land an der Förderung der Weiterbildung entsprechend beteiligen muss. Wir werden uns im Rahmen der Haushaltsberatungen daher dafür einsetzen – wie wir es bereits in der Vergangenheit getan haben – dass die Landesförderung zeitnah auf den Bundesdurchschnitt angehoben wird.



Wir Freie Demokraten stehen für eine starke und vielfältige Bildungslandschaft, in der Bildung für alle bezahlbar bleibt. Dafür braucht es eine verlässliche und auskömmliche

Landesförderung, die den Trägern Planungssicherheit gibt und Qualität ermöglicht. Gleichzeitig setzen wir auf einen effizienten Mitteleinsatz, transparente Förderstrukturen und den Abbau unnötiger Bürokratie, damit finanzielle Mittel tatsächlich bei den Bildungsangeboten ankommen. Unser Ziel ist es, die Erwachsenenbildung nachhaltig zu stärken, ihre Leistungsfähigkeit zu sichern und die Rahmenbedingungen so weiterzuentwickeln, dass Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich ein attraktiver und leistungsfähiger Weiterbildungsstandort bleibt.